

Postulat CVP-EVP-Fraktion:**«Das Potenzial an inländischen Arbeitskräften besser ausschöpfen**

Am 9. Februar 2014 fand die Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung» eine Mehrheit an der Urne. Bund und Kantone sind derzeit an den Umsetzungsarbeiten, Ende Jahr soll der Vernehmlassungsentwurf vorliegen. Unabhängig von den Modalitäten der Umsetzung zeigt sich klar: Wenn die Zuwanderung auf wirtschaftsverträgliche Weise reduziert werden möchte, muss das inländische Arbeitskräftepotenzial konsequenter und besser genutzt werden. Das zeigt auch die Fachkräfteinitiative von Bund und Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz (VDK).

Gerade der Kanton St.Gallen als Grenzkanton, als Kanton mit einer grossen Exportabhängigkeit und als Kanton mit vielen Arbeitsplätzen in den Bereichen Industrie und Landwirtschaft droht stark unter Druck zu kommen, weiterhin genügend und richtig qualifizierte Arbeitskräfte zu rekrutieren.

Um den Wirtschaftsstandort Ostschweiz nicht zu gefährden, gleichzeitig aber auch den Bedenken der Bevölkerung Rechnung zu tragen, sind wir gefordert, das inländische Potenzial an Arbeitskräften künftig wesentlich stärker auszuschöpfen, als bis heute. Im Fokus stehen Themen wie:

- die verbesserte Integration der Stellensuchenden in den Arbeitsmarkt;
- die verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie (z.B. Tagesstrukturen in der Volksschule, ausserschulische Kinderbetreuungsangebote);
- flexiblere Arbeitszeitmodelle für Mitarbeitende 50plus sowie eine weitere Flexibilisierung des Altersrücktritts (z.B. mit Anreizen zwecks Förderung der Beschäftigung über das Pensionierungsalter hinaus);
- weitere Verbesserungen bei den Bildungsangeboten (z.B. Stärkung der MINT-Kompetenzen, Berufsabschluss für Erwachsene);
- genügend Ausbildungsplätze im Gesundheitswesen;
- Abbau von Zugangsbarrieren in verschiedenen Berufen zwecks Stärkung der beruflichen Mobilität;
- die Eingliederung von anerkannten Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen in den Arbeitsmarkt;
- besondere Marketingmassnahmen zu Gunsten des Arbeitsmarktstandorts St.Gallen.

Wir laden die Regierung ein, dem Kantonsrat Bericht zu erstatten, welche konkreten Massnahmen ergriffen werden können, um das inländische Arbeitskräftepotenzial besser auszuschöpfen, und so den wirtschaftlichen Schaden aus der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative zu minimieren. Der Bericht soll auch allfällige Anpassungen von gesetzlichen Bestimmungen auf kantonaler Ebene aufzeigen.»

16. September 2014

CVP-EVP-Fraktion